

Rede von Armin Laschet,  
Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen,

anlässlich der Mitgliederversammlung 2008 des Städtetages NRW  
am 17. Juni 2008 in Wuppertal

Zunächst einmal gratuliere ich dem neu gewählten Vorstand zur Wahl. Ich wünsche Ihnen für Ihre Aufgabe viel Erfolg.

Ich habe heute die Gelegenheit, vor vielen *glücklichen* Menschen zu sprechen. Das ist zumindest die logische Konsequenz einer aktuellen Umfrage, die für Sie als Oberbürgermeister und Bürgermeister zwei besonders schöne Ergebnisse bereithält. (Quelle: repräsentative Umfrage der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unter 1.153 Bürgermeistern und 1.303 wahlberechtigten Deutschen.)

Ich möchte Ihnen die Ergebnisse nicht vorenthalten:

- 78 Prozent der wahlberechtigten Deutschen sind mit ihren Bürgermeistern zufrieden bis sehr zufrieden. Das ist ein Wert, den sonst nur noch der Papst und die Bundeskanzlerin erreichen.
- Und 96 Prozent der hauptamtlichen Oberbürgermeister und Bürgermeister in Deutschland sind zufrieden mit ihrem Beruf.

Meine Damen und Herren, ich gratuliere Ihnen zu diesen "Traumwerten".

Bei den Themen, die sie für besonders wichtig halten, haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Kinder-, Familien- und Jugendpolitik mit 71 Prozent ganz oben auf die Agenda gesetzt.

Und ich denke, dass auch das Thema Integration ins Zentrum der Kommunalpolitik gehört. Deshalb freue ich mich, dass Sie heute "die Herausforderungen der Integration in den Städten Nordrhein Westfalens" – als Titel der diesjährigen Mitgliederversammlung hier in Wuppertal – gewählt haben. Ich gehe gern auf dieses Thema ein, nicht zuletzt deshalb, weil die Integrationspolitik in den letzten zwei, drei Jahren zu so etwas wie einem Markenkern der Politik Nordrhein-Westfalens geworden ist.

In den bundesweiten Integrationsdebatten hat die Stimme unseres Landes Gewicht. Und viele unserer Initiativen zur Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben mittlerweile Vorbildcharakter für den Bund und die anderen Bundesländer: Ich denke zum Beispiel an die Sprachstandserhebung bei den vierjährigen Kindern, auf die sich – nachdem es in Nordrhein-Westfalen erfolgreich gelaufen ist – alle Bundesländer

verständnis haben; das wurde dann *ein* gemeinsamer Beitrag der Länder zum Nationalen Integrationsplan.

### **Beitrag der Kommunen**

Dass Nordrhein-Westfalen in der Integrationspolitik ein so hohes Ansehen genießt, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der nordrhein-westfälischen Kommunen, die sich schon seit langer Zeit intensiv mit der Integration ihrer Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte befassen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- Nordrhein-Westfalen hat mit 4,1 Millionen mehr Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte als jedes andere Bundesland. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von annähernd 25 Prozent – hier in Wuppertal sind etwa 24 Prozent der Bevölkerung Zugewanderte (nach Angaben der Stadt für das Jahr 2006).
- ein Großteil der Zugewanderten lebt in den Städten: Allein die Zuwanderer mit einem *ausländischen* Pass machen in Köln und Düsseldorf fast 20 Prozent der Einwohner aus, in Remscheid und Duisburg sind es je 15 Prozent (Quelle: LDS, 16.04.2008);
- und in den Großstädten hat mittlerweile fast *jedes zweite Kind* eine Zuwanderungsgeschichte.

Es ist klar, dass wir uns vor Ort um die Chancen dieser Kinder kümmern müssen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Bevölkerung in den allermeisten Städten schrumpft und älter wird.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude, hat die Situation der Kommunen sehr treffend beschrieben (anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München 2007) – ich zitiere: "Globalisierung, Migration, demografischer Wandel und eine vielerorts wachsende soziale Kluft werden die Stadtgesellschaft der Zukunft prägen. (...) Nur starke Städte sind in der Lage, [diese] Integrationsleistungen wirkungsvoll zu erbringen."

In der Tat: Auf die Städte kommt es an!

"Entscheidend ist auf dem Platz", wie es in der Sprache des Fußballs heißt.

Ich bin froh, dass auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Herausforderungen klar sehen.

### **Chancen der Integration**

Was mich aber besonders freut: Die Städte und Gemeinden sehen nicht nur die *Herausforderungen*, sondern immer stärker nehmen sie auch *die Chancen* der Integration in den Blick.

Ich bin froh darüber, dass der Städtetag Nordrhein-Westfalen Partner einer Konferenz ist, die genau diesen neuen Blick auf die positiven Seiten der Zuwanderung im Namen trägt. Vom 30. September bis zum 2. Oktober werden wir in Bonn unter der Überschrift "Ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Europa – von der Herausforderung zur Chance" mit Experten aus ganz Europa darüber sprechen, wie wir ganz konkret vor Ort die Potenziale der älteren Zuwanderer besser nutzen sowie ihre soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration fördern können. Dazu lade ich Sie schon heute herzlich ein.

Chancen der Integration gibt es tatsächlich, das ist nicht nur die Wunschvorstellung des Integrationsministers. Ein Beispiel hierfür hat der Kulturausschuss des Städtetags Nordrhein-Westfalen in seinem "Kölner Appell" vom 9. April hervorgehoben. Ich darf daraus einmal zitieren: "Es ist Aufgabe der Stadtpolitik, die Vielfalt, insbesondere die kulturelle Vielfalt als Gewinn und Bereicherung für das städtische Leben anzuerkennen und zu nutzen..."

Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen. Der größere kulturelle Reichtum, der durch Zuwanderung entsteht, ist sicher ein gutes Beispiel für die *Chancen* der Integration.

Es gibt aber auch handfeste *ökonomische* Vorteile:

- Dafür steht zum Beispiel die Tatsache, dass allein die 24.000 türkeistämmigen Selbständigen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 einen Umsatz von 11,2 Milliarden Euro erwirtschaftet haben (nach Angaben des Zentrums für Türkeistudien, 2006).
- Und: Überdurchschnittlich viele Zuwanderer sind selbständig. In Nordrhein-Westfalen hat jeder sechste Selbständige eine Zuwanderungsgeschichte. Sie schaffen dadurch Ausbildungs- und Arbeitsplätze, insbesondere für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt strukturell schlechter dastehen – oft sind das selbst wieder Zuwanderer.

Dass erfolgreiche Integration dem Steuerzahler viel Geld spart, hat eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung nachgewiesen. Aus den Untersuchungen geht hervor, dass sich die Kosten unzureichender Integration auf 11,8 bis 15,6 Milliarden Euro pro Jahr summieren (Studie "Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland", 2007). Geld, das auch an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden könnte.

Dieses Geld müssen Bund, Länder und Kommunen heute aufbringen, weil wir zu lange die Tatsache der Zuwanderung nicht richtig ernst genommen haben – und diese Kritik richte ich an *beide* politischen Lager:

- Die *einen* haben nicht wahrhaben wollen, dass es dauerhafte Zuwanderung nach Deutschland überhaupt gibt;
- und die *anderen* haben die Augen davor verschlossen, dass Zuwanderung nicht automatisch zu erfolgreicher Integration und gesellschaftlicher Teilhabe führt.

Beide lagen falsch. Die Konsequenzen müssen wir heute *gemeinsam* tragen.

**Teilhabe der Zugewanderten ist unzureichend**

Wie sieht die Lage der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte heute aus? Die nüchterne Bilanz lautet: Auch mehr als 50 Jahre, nachdem die ersten so genannten "Gastarbeiter" zu uns gekommen sind, liegen die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei Arbeit, Einkommen und Bildung im Durchschnitt deutlich hinter denen ohne Zuwanderungsgeschichte zurück.

- Mit fast 18 Prozent sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen fast doppelt so stark von Erwerbslosigkeit betroffen wie die Erwerbstätigen insgesamt (9,9%). In absoluten Zahlen waren es im Jahr 2006 rund 332.000 Männer und Frauen mit Zuwanderungsgeschichte.
- Die *Ausländererwerbslosigkeit* ist mit 23 Prozent noch einmal deutlich höher. Dramatisch ist die Erwerbslosenquote der türkischen Staatsangehörigen: Mit 26 Prozent ist sie dreimal höher als die der Deutschen (8,5%).
- Auch im Bildungssystem schneiden Zuwanderer häufig nicht so gut ab. Zwei Drittel aller Personen ohne Schulabschluss in Nordrhein-Westfalen haben eine Zuwanderungsgeschichte.

An den Hauptschulen und Förderschulen des Landes sind Zuwanderer stark *überrepräsentiert*, an den Gymnasien sind sie hingegen *unterdurchschnittlich* vertreten.

### **Bildung als Schlüssel zur Integration**

Die Zahlen machen vor allem *eines* ganz deutlich: Wenn wir die Chancen der Zuwanderer auf Teilhabe am Erwerbsleben verbessern wollen, dann müssen wir den Schwerpunkt vor allem auf Bildung und Ausbildung legen. Denn Bildung ist der Schlüssel zur Integration.

Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen damit begonnen, systematisch auf die frühkindliche Förderung, insbesondere die Förderung der Sprachkenntnisse, zu setzen und das Bildungsangebot insgesamt zu intensivieren.

Einige wenige Beispiele möchte ich nennen:

- Im Vordergrund steht, möglichst frühzeitig mit der Sprachförderung und Bildung zu beginnen. Nordrhein-Westfalen hat die verbindliche Erfassung des Sprachstandes bei allen Vierjährigen flächendeckend eingeführt.

In jedem Jahr werden nun alle 4-jährigen Kinder daraufhin untersucht, ob sie die deutsche Sprache hinreichend beherrschen und ihre Sprachentwicklung altersgemäß ist. Ist dies nicht der Fall, erhalten sie zusätzliche Sprachförderung.

Es ist allemal *wirksamer*, einen Vierjährigen im Kindergarten früh zu fördern, als einen 15-jährigen Schulabbrecher, der schon eine von Frustrationserlebnissen geprägte Schulbiographie hinter sich hat. Aber natürlich müssen wir auch ihn fördern.

- Die Sprachförderung kommt den Kindern aus Zuwandererfamilien ebenso zugute wie die Entwicklung der Familienzentren, die Stärkung der frühkindlichen Bildung und der Ausbau des Betreuungsangebots für die Unter-3-Jährigen.
- Und: Noch nie hat das Land seinen Städten und Gemeinden so viel Geld für die Betreuung von Kindern zur Verfügung gestellt wie in diesem Jahr.

Grundlage für diesen quantitativen und qualitativen Sprung nach vorn ist das neue Kinderbildungsgesetz. Aber tatsächlich *erreichen* konnten wir mehr Betreuungsplätze und mehr Qualität in der frühkindlichen Betreuung und Bildung nur dank des großen Engagements der Kommunen. Ich weiß, dass die Umsetzung des Gesetzes in relativ kurzer Frist erfolgen muss und mancherorts auch mit Schwierigkeiten verbunden ist. Daher möchte ich Ihnen an dieser Stelle für die engagierte Arbeit sehr herzlich danken.

Was wir im Kindergartenalter beginnen, setzen wir bei den schulpflichtigen Kindern fort:

- Wir bauen das Angebot an Ganztagesbetreuung in den Schulen aus. Nach der Ganztagsoffensive für die Hauptschule wird es nun auch einen verstärkten Ausbau des Ganztagsangebots an den Gymnasien und Realschulen geben. Davon profitieren besonders solche Zuwandererkinder, die zuhause nicht hinreichend gefördert werden.

Zudem brauchen die Schulen mehr Lehrerinnen und Lehrer, die Migration nicht nur aus Büchern kennen, sondern in ihrer eigenen Familie erlebt haben. Es kann doch nicht angehen, dass jeder dritte Schüler eine Zuwanderungsgeschichte hat, aber nur jeder 100. Lehrer!

- Weitere Bausteine sind u. a. die Neuausrichtung und Intensivierung der Berufsorientierung an den Schulen sowie Programme für ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren, die die Jugendlichen auf ihrem Weg in den Beruf engagiert unterstützen.
- Neueingewanderte erhalten Sprach- und Orientierungskurse. Sie werden nach ihrer Einreise nicht mehr allein gelassen – wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Wer neu nach Deutschland einwandert und die deutsche Sprache nicht beherrscht, hat einen Anspruch auf 600 bis 900 Stunden Sprachtraining – verbunden mit einem Orientierungskurs über das Leben in Deutschland von 45 Stunden.

Die Volkshochschulen, die diese Kurse anbieten, leisten so einen ganz entscheidenden Beitrag zu Integration.

Mit den Einbürgerungstests, die ab dem 1. September folgen sollen, wird sich die Relevanz der Einbürgerungskurse abermals erhöhen.

## Unterstützung der Kommunen durch das Land

Bildung steht auch im Aktionsplan Integration, den die Landesregierung im Jahr 2006 beschlossen hat, im Zentrum unserer Integrationspolitik. Und auch in den Integrationskonzepten vieler nordrhein-westfälischer Kommunen steht das Thema Bildung im Mittelpunkt.

Das Land unterstützt diese Schwerpunktsetzung u. a. dadurch, dass wir die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, kurz RAAs genannt, zu einem flächendeckenden Netzwerk der Bildungsförderung weiterentwickeln. In 27 Kreisen und Städten beraten und unterstützen die Regionalen Arbeitsstellen Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und ihre Familien in allen Bildungsfragen – von der Vermittlung in eine Kindertagesstätte, über die schulische Begleitung bis hin zum Übergang von der Schule in den Beruf.

Aber auch in den anderen Politikfeldern unterstützt das Land die Städte und Gemeinden nach Kräften. Ich möchte nur einige Stichworte nennen:

- Mit dem Landesprojekt "KOMM-IN" fördert die Landesregierung die Integrationspolitik der Städte und Gemeinden. Bis Ende des Jahres 2007 wurden im Rahmen des Landesprogramms "KOMM-IN NRW" insgesamt 155 Projekte in 63 Städten und Kreisen in einem Umfang von rund 7,5 Millionen Euro gefördert.
- In 21 der insgesamt 23 kreisfreien Städte und in 25 von 31 Kreisen sind seit Anfang 2007 die neuen Integrationsagenturen tätig. Sie arbeiten vor allem in Stadtteilen mit besonderen sozialen Belastungen. Dort fördern sie u. a. die interkulturelle Öffnung sozialer Einrichtungen und das bürgerschaftliche Engagement von Zuwanderern.
- Vor wenigen Monaten haben wir das neue Handbuch für Kommunen "Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen" herausgegeben, das als praxisorientierte Handreichung für die Verantwortlichen vor Ort konzipiert ist.
- Und schließlich trägt auch das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" dazu bei, dass die Integrationschancen der Zuwanderer und das Zusammenleben der Kulturen in den Städten unseres Landes besser gelingen. Aktuell werden bei uns in Nordrhein-Westfalen 48 Projekte in 42 Stadtteilen gefördert.

Das alles sind Hilfestellungen für die Städte und Gemeinden. Letztlich aber liegt es vor allem an Ihnen, eigene Akzente in der Integrationspolitik zu setzen und passgenaue Lösungen für die jeweilige Situation vor Ort zu finden.

Denn es gibt eine ganze Reihe von Feldern, in denen Sie als Verantwortliche in den Städten ganz konkret etwas für die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte tun können:

- Sie können gezielt Zuwanderer einstellen – nicht nur als Reinigungskräfte oder Müllwerker.

- Fördern Sie den interreligiösen Dialog und die Öffnung der Moscheegemeinden. Die Erfahrung zeigt, dass das ein wichtiger Beitrag dazu sein kann, mögliche Konfliktpotenziale schon im Vorfeld abzubauen, zum Beispiel dann, wenn es um den Bau von Moscheen geht.
- Gestalten Sie würdige Einbürgerungsfeiern, anstatt die Einbürgerungsurkunde etwa durch einen Sachbearbeiter auszuhändigen oder per Post zuzustellen.

Der letzte Punkt ist mir auch deshalb wichtig, weil darin eine Wertschätzung für diejenigen zum Ausdruck kommt, die "Ja" zu unserem Land sagen.

Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass Eingebürgerte sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt erfolgreicher sind. Für mich ist das *ein Grund mehr*, für Einbürgerung zu werben. Sie ist so etwas wie ein Siegel für erfolgreiche Integration.

Integration gelingt vor Ort – oder sie scheitert vor Ort.

Der rechtliche Rahmen ist wichtig für Integration, die wirtschaftliche Entwicklung ist wichtig – aber das tägliche Zusammenleben muss sich bewähren in den Betrieben, in den Schulen, in den Kindergärten, in den Nachbarschaften, in Bussen, Einkaufszentren und Stadien.

Deshalb sind wir auf engagierte Partner vor Ort angewiesen – und das sind starke Städte. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir unsere Zusammenarbeit erfolgreich fortsetzen.